

waffen zu erlangen. Beide Seiten unterstreichen die große Gefahr, die sich daraus ergibt, daß die Vereinigten Staaten im Widerspruch zum Geist des Moskauer Vertrages und in Zusammenarbeit mit der Bonner Regierung erneut bestrebt sind, die Pläne zur Schaffung einer multilateralen Atomstreitmacht der NATO, die den westdeutschen Militaristen das Tor zu den Kernwaffenlagern öffnen würde, zu forcieren.

Die Politik der friedlichen Koexistenz erfordert die Berücksichtigung der realen Lage, wie sie im Ergebnis des zweiten Weltkrieges entstanden ist, d. h. die Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten und der in Europa bestehenden Grenzen, darunter der Grenze der Volksrepublik Polen an der Oder und Lausitzer Neiße, der Grenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Westdeutschland und der Grenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und dem besonderen Territorium Westberlin.

Beide Seiten stellen fest, daß die Bestrebungen der westdeutschen Militaristen, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu revidieren, die Hauptursache der Unruhe und der Gefährdung des Friedens in Europa sind. Die Regierung der Volksrepublik Polen weist den anmaßenden Versuch der Bonner Regierung, ganz Deutschland zu vertreten, als Bestandteil der Revanchepolitik zurück.

Die Interessen des Friedens erfordern die Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkrieges, den Abschluß des Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten und die Umwandlung Westberlins in eine Freie Stadt.

Die Volksrepublik Polen würdigt den bedeutsamen Beitrag der Deutschen Demokratischen Republik - des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates, eines sozialistischen und friedliebenden Staates, der die Zukunft ganz **Deutschlands verkörpert** — für **den Frieden in Europa**. Die Volksrepublik Polen unterstützt den Kampf der Deutschen Demokratischen Republik gegen den westdeutschen Militarismus und Revanchismus und für die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten.

Die Volksrepublik Polen unterstützt nachhaltig die Vorschläge der Deutschen Demokratischen Republik, daß beide deutsche Staaten auf jegliche atomare Rüstung verzichten und sich dafür einsetzen, daß auf ihren Territorien Atomwaffen weder stationiert noch gelagert werden. Die Volksrepublik Polen unterstützt ebenso die Vorschläge der Deutschen Demokratischen Republik, daß sich die beiden deutschen Staaten über die Einschränkung ihrer militärischen Ausgaben und über einen Rüstungsstopp verständigen. Sie unterstützt ferner die Vorschläge der Deutschen Demokratischen Republik, durch den Abschluß eines Abkommens der Vernunft und des guten Willens zwischen